

Energiewende wirkt: Stromriesen drohen mit Abschaltung von Kraftwerken



Zahlreichen Kohle- und Gaskraftwerken droht offenbar die Abschaltung. Laut einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" überprüfen Konzerne und Stadtwerke die Wirtschaftlichkeit Dutzender Kraftwerke. Damit gerate die Versorgungssicherheit in Gefahr, denn viele der Meiler könnten stillgelegt werden. Von etwa 90.000 Megawatt konventioneller Stromkapazität in Deutschland könnten bis zu 20 Prozent zur Disposition stehen, zitierte die Zeitung den Vorstand eines Versorgers, den sie namentlich nicht nannte. Im Extremfall drohten Engpässe....

...Bislang seien bei der [Bundesnetzagentur](#) 15 Stilllegungsanträge eingegangen, berichtet die "SZ". E.on, der größte Energiekonzern Deutschlands, hat entschieden, bis 2015 elf Kraftwerke in Europa abzuschalten. Die Wirtschaftlichkeit weiterer Anlagen werde derzeit geprüft. Konkurrent RWE äußerte sich ähnlich.

mehr bei [SPON hier](#)

und die [FAZ legt nach](#):

Wird ein Kraftwerke als „systemrelevant“ eingestuft, kann die Netzagentur anordnen, dass es weiter betrieben werden muss

Doch das Abschalten ist nicht so einfach: „Kraftwerksstilllegungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden die Gefahr von Versorgungsstörungen noch weiter ansteigen lassen“, warnt die Aufsichtsbehörde in einem jüngst veröffentlichten Bericht. Auf absehbare Zeit könnten deshalb in Süddeutschland „keine Stilllegungen von Erzeugungsanlagen genehmigt werden“.

Denn auch wenn sich eine Anlage nicht mehr rechnet, dürften Energieversorger solche Kraftwerke nicht mehr einfach vom Netz nehmen. Dem hat der Gesetzgeber Ende vorigen Jahres einen Riegel vorgeschoben. Jede geplante Stilllegung müssen die Stromkonzerne mindestens 12 Monate vorher ankündigen. Das gibt den Übertragungsnetzbetreibern die Möglichkeit, die Folgen einer Abschaltung für die Netzstabilität zu untersuchen. Wird ein Kraftwerke als „systemrelevant“ eingestuft, kann die Netzagentur anordnen, dass es bis zu zwei Jahre lang weiter betrieben werden muss. Dafür hat der Stromversorger Anspruch auf eine „angemessene Vergütung“ durch den Netzbetreiber, dessen Kosten wiederum in die Strompreise einfließen.

In dieselbe Kerbe schlägt dieser Bericht aus dem

Daily Telegraph vom 15.7.13

Deutschland steht vor rechtlichen Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Diskriminierung zugunsten seiner eigenen Energie-Unternehmen in Verletzung des Wettbewerbsrechts. Der Energie-Zar der Europäische Union, Günther Oettinger, sagte, es sei nicht hinnehmbar, dass deutsche Windkraft-Unternehmen über staatliche Subventionen für erneuerbare Energien beziehen, während rivalisierende Unternehmen aus Dänemark und anderen europäischen Ländern geschlossen werden. Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel sagte: Brüssel erwartet, dass ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren am Mittwoch gestartet wird, in dem wahrscheinlich verlangt werden wird, dass die Begünstigten einer rechtswidrigen Beihilfe auch Beträge die sie bereits erhalten haben zurück zu zahlen hätten. – Ambrose Evans Pritchard-, The Daily Telegraph, 15. Juli 2013

